

US-Politik

Trumps Zölle sind ein Treppenwitz der Geschichte

9. April 2025

Der amerikanische Präsident hält sich für einen gerissenen Kaufmann, der die US-Wirtschaft schützen will. Doch das Gegenteil wird eintreten.

Gastbeitrag von Heike Knortz

Gleich nachdem US-Präsident [Donald Trump](#) vergangene Woche sein Zoll-Dekret öffentlichkeitswirksam präsentiert hatte, sackten die Börsen weltweit ab. Und da Anleger das Wochenende für eine kühle Analyse genutzt hatten, setzte sich der massive Kursverfall zu Beginn der neuen Woche zunächst fort. Auch wenn sich der Verlust mittlerweile etwas relativierte, bleiben Börsenexperten pessimistisch. Medien sprechen (wieder einmal) von einem historischen Crash – verschweigen aber den vorangegangenen, langfristigen Aufwärtstrend, der nur kurz durch Corona-Pandemie und Putins Krieg in der Ukraine unterbrochen worden war. Selbst die Weltwirtschaftskrise nach 2008 in Folge von globaler Finanz- und begleitet von griechischer Staatsschuldenkrise hatte diesem Trend nichts anhaben können.

Ist also doch keine Panik angebracht? Dass sich mancher Anleger angesichts der Zollankündigungen von Teilen seiner Werte trennt, war zu erwarten. Nachvollziehbar sind auch die Verkaufsaufträge von Aktien global agierender Unternehmen, die wie der US-Sportschuhhersteller Nike oder der Tech-Gigant Apple vorwiegend in Asien fertigen. Die Unsicherheit, die Trumps Administration allem Anschein nach verbreiten will, wird anhalten – zumindest bis zu den Midterm Elections 2026. Nicht nur professionelle Anleger werden sich hierauf einstellen (müssen), möglicherweise wird die New Yorker [Börse](#) bis dahin noch mehrere Achterbahnfahrten erleben. Unternehmen jedoch, zumal global aufgestellte, agieren ohnehin unter ständiger Unsicherheit – einem Markenkern marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen. Nach einer Phase der Sortierung werden sich multinationale Konzerne neu aufstellen, Lieferketten und Absatzmärkte verändert ausrichten.

Gerade auch deutsche mittelständische Unternehmen haben vergangene Krisen immer wieder mit ihrer Flexibilität und der Qualität ihrer Produkte bravourös gemeistert. Kurzfristig wird es ohnehin etwas anders kommen als von Trump vorgesehen – weshalb er seine amerikanischen Landsleute bereits zum Durchhalten aufruft: Eier sind in den [USA](#) derzeit bekanntlich knapp, hier werden dringend Importe benötigt. Bauholz aus Deutschland und Kanada wurde von Beginn an von den Importzöllen ausgenommen, und Autohäuser in den USA, die sich auf deutsche Luxuskarossen spezialisiert haben, berichten von einer Sonderkonjunktur durch Panikkäufe.

Die Weltwirtschaftskrise lag nicht allein am Börsencrash 1929

Was die möglichen langfristigen Folgen betrifft, lohnt ein Blick in die Wirtschaftsgeschichte. Ein Nachdenken über die bis dato schwerste Weltwirtschaftskrise in den 1930er-Jahren ist dabei hilfreich, darf aber nicht auf den Börsencrash von 1929 verengt werden. Denn dem 24. Oktober 1929, dem in Europa als Black Friday bezeichneten Zusammenbruch der New Yorker Börse, war nicht nur eine unbeschreibliche Hausse mit enormen Aktien- und Grundstücksspekulationen vorangegangen. Vielmehr war die US-Wirtschaft seinerzeit mit jeder Menge Strukturproblemen belastet, die jederzeit eine Krise hätten heraufbeschwören können und so auch immer wieder zu kurzen Börsen-Intermezzi noch vor dem 24. Oktober führten.

Streng genommen nahm die „Große Depression“ mit dem ungelösten Reparationsproblem nach dem Ersten Weltkrieg ihren Anfang. Als rein wirtschaftliches und finanztechnisches Problem angegangen wurde dieses erstmals 1924 mit dem Dawes-Plan. Das Reich verzichtete auf Teile seiner Souveränität, wodurch eine stabile Währung und ein ausgeglichener Reichshaushalt garantiert werden sollten. Im Gegenzug erhielt es eine Anschubfinanzierung und gewann so seine Kreditwürdigkeit im [Ausland](#) zurück. Die Idee dahinter: mit dem massenhaft Anlage suchenden US-Kapital über den deutschen Wiederaufbau als Transmissionsriemen die [Weltwirtschaft](#) in Gang zu bringen.

Die in den folgenden Jahren auf Deutschland niederstürzende Lawine amerikanischen Kapitals überstieg bis 1930 denn auch die Marshall-Plan-Hilfe nach dem Zweiten Weltkrieg um mehr als das Doppelte. Dennoch entwickelte sich die Leistungsbilanz des Reichs nicht wie gewünscht. Krieg und Inflation hatten einen immensen Nachholbedarf entstehen lassen, sodass die Importe die Exporte regelmäßig überstiegen und Devisen knapp blieben. Entgegen der Intention des Dawes-Plans stammten die Devisen für die Reparat-

onszahlungen also nicht aus dem Verkauf reichsdeutscher Waren auf dem Weltmarkt, sondern aus ausländischen, vorwiegend US-Krediten. Angesichts der schon 1928 beginnenden Rezession im Reich und versiegenden ausländischen Kapitalströmen drohten der Weltwirtschaft noch vor dem New Yorker Börsenkrach immense Verwerfungen.

Nicht der Dawes-Plan aber hatte einen Webfehler, diesen lieferte vielmehr die amerikanische Außenwirtschaftspolitik. Denn der Dawes-Plan hätte seine Funktion nur bei freiem Welthandel erfüllen können. Die USA verschärften demgegenüber ihre protektionistische Handelspolitik, sodass die exorbitanten Warenmengen, die das Reich für die Bedienung seines Reparationsdienstes hätte exportieren müssen, nicht abgenommen wurden. Aber auch alle anderen Gläubiger konnten keine zusätzlichen Waren importieren, mussten diese doch die Reparationsgelder aufgrund ihrer eigenen Auslandsverschuldung an die USA als letzten Gläubiger weiterleiten. Schließlich betrieben die Vereinigten Staaten auch noch gezielt eine deflationäre, kontraktiv wirkende Geldpolitik: Jenes Land, das unter den gegebenen Bedingungen als einziges völlig frei von jeglichen Restriktionen Waren hätte aufnehmen können, verwahrte die einströmende Kaufkraft also im Tresor seiner Zentralbank – was im Inneren eine Inflation, aber eben auch umfangreichere Importe verhinderte und die Weltwirtschaft so aus dem Gleichgewicht brachte.

Die USA wurden – neben dem Deutschen Reich – am härtesten von der Krise getroffen

Als diese widersprüchliche Stabilisierungspolitik im Black Thursday kulminierte und sich die Folgen massiv in der amerikanischen Realwirtschaft niederzuschlagen begannen, trat zu allem Unglück auch noch der Smoot-Hawley Tariff Act in Kraft, mit dem die USA 1930 zum Schutz ihrer Wirtschaft zu einem umfassenden Schutzzollsystem übergingen. Das gab den Startschuss zu einem weltweiten Wettlauf um die Einführung von Zöllen, was zu einer massiven Schrumpfung des internationalen Handels, einer nie da gewesenen Schrumpfung der Geldmenge und schließlich zum Zusammenbruch des Weltwährungssystems führte. Die USA wurden – neben dem Deutschen Reich – am härtesten von der allumfassenden Krise getroffen, die sie erst durch Aufrüstung und ihren Eintritt in den Zweiten Weltkrieg vollständig hinter sich lassen konnten.

Die Great Depression mit ihren Wohlstandsverlusten ist bis heute das Trauma der Amerikaner. Nach 1945 wurden Europäer deshalb mit der Annahme von Geldern aus dem Marshall-Plan zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit verpflichtet, und noch während des Zwei-

ten Weltkriegs trafen die USA Vorkehrungen zur Rekonstruktion der internationalen Handelsbeziehungen in einer freiheitlichen, wenngleich regelbasierten Weltwirtschaft. Trotz aller Unzulänglichkeiten legte dies die Grundlagen für eine im Vergleich zur Zwischenkriegszeit beispiellos expansive und relativ stabile Entwicklung der Weltwirtschaft.

Heute schwächt und attackiert Donald Trump seinerzeit maßgeblich von den USA geschaffene, der gemeinsamen Problemlösung verpflichtete internationale Institutionen wie die Welthandelsorganisation (WTO). In wichtigen Fragen zeigte sich bereits in seiner ersten Amtsperiode, dass der 47. US-Präsident äußerst geschichtsvergessen agiert. Sein Clan rechnet sich selbst folgerichtig denn auch nicht zur Gruppe der in Kontinuitäten denkenden Diplomaten, sondern zu jener der Kaufleute. Diese Selbstzuschreibung erscheint wie ein Treppenwitz der Geschichte, denn für Amerikaner werden die mit Zöllen belegten importierten Waren teurer. Kaufen sie stattdessen ausschließlich in den Vereinigten Staaten produzierte Waren, stehen im Ausland weniger US-Devisen zur Verfügung. In der Folge würde der Dollar aufwerten, amerikanische Waren würden im Vergleich zu ausländischen teurer. Die Importe könnten also, was Trump eigentlich verhindern will, steigen.

Ohnehin ist die Frage, ob Amerikaner Mercedes, Audi & Co. erwerben, weil diese preisgünstiger sind als jene mit dem gegenwärtigen 25-Prozent-Zoll geschützten SUV und Pick-ups amerikanischer Hersteller, oder einfach nur schick, weil filigraner im Design. Durch Zollmauern, also vor Konkurrenz geschützte Märkte bringen übrigens generell qualitativ nicht wettbewerbsfähige Produkte hervor. Weltweit werden jedenfalls Verbraucher mit ihren Konsumentscheidungen das US-Leistungsbilanzdefizit schrumpfen oder vergrößern lassen, global agierende Investoren haben es in ihrer Hand, ob sie den Kapitaldurst der Vereinigten Staaten weiterhin in großem Umfang stillen – oder an der US-Ökonomie zweifeln und dem Dollar durch Rückzug einen Dämpfer verpassen.

Panik ist also mit Blick auf Trumps Agieren nicht angesagt, auch wenn es zu allerhand Disruption in der internationalen Arbeitsteilung kommen und der Wohlstand gerade auch in den Vereinigten Staaten schrumpfen wird. Die deutsche wird mit anderen leistungsfähigen europäischen Volkswirtschaften die Neuausrichtung von Handelsströmen und die Formierung neuer Handelsblöcke wie gewohnt flexibel und zur Wohlstandssteigerung aller angehen. Panik muss aber aufkommen, wenn das Grundverständnis dafür fehlt, wie unser Wohlstand generiert wird, sämtliche wirtschaftlichen Akteure weiter mit Bürokratie gegängelt und mit unsäglichen planwirtschaftlichen Elementen, an denen bereits die SED gescheitert ist, konfrontiert werden. Vertrauen wir also wieder mehr auf die markt-

wirtschaftlichen Kräfte – wenn es sein muss, gerne auch panisch!